



www.laender-analysen.de/ukraine

BEZIEHUNGEN ZU UNGARN PERSONALPOLITIK UNTER SELENSKYJ

■ ANALYSE	Wie die ukrainisch-ungarischen Beziehungen in die Krise gerieten – und warum sie nicht aus der Sackgasse kommen Von Dmytro Tuschanskyj (Institut für mitteleuropäische Strategie, Uschhorod)	2
■ STATISTIK	Außenhandel zwischen der Ukraine und Ungarn	7
■ UMFRAGE	Ansichten der BewohnerInnen der Region Transkarpatien zum Status ihrer Region Freunde und Feinde	7 8
■ ANALYSE	Das Ernennungsverfahren unter »Quarantäne-Bedingungen« könnte den Staatsdienst der Ukraine in die Zeit von Janukowytsch zurückwerfen Von Denis Gubaschow und Petro Bodnar (beide Texty.org.ua, Kyjiw)	9
■ STATISTIK	Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine	13
■ CHRONIK	Covid-19-Chronik, 12. – 25. Oktober 2020	16
■ CHRONIK	11. – 25. Oktober 2020	17

Wie die ukrainisch-ungarischen Beziehungen in die Krise gerieten – und warum sie nicht aus der Sackgasse kommen

Von Dmytro Tuschanskyj (Institut für mitteleuropäische Strategie, Uschhorod)

DOI: 10.31205/UA.241.01

Zusammenfassung

Ungarn gehört zu jenen Ländern, die im Dezember 1991 als erste die unabhängige Ukraine anerkannt haben und mit denen Kyjiw diplomatische Beziehungen aufnahm. Bis 2017 zeichnete sich das bilaterale Verhältnis weder durch große Freundschaft noch durch Feindseligkeit aus. Meist standen die Interessen der ungarischen Gemeinschaft im Zentrum, die im äußersten Westen der Ukraine entlang der Grenze zu Ungarn in der Region Transkarpatien lebt. Seit September 2017 jedoch, nachdem in der Ukraine ein neues Bildungsgesetz verabschiedet worden war, kam es zwischen Kyjiw und Budapest zu einem heftigen Konflikt, der längst über reine Debatten zur Frage der Unterrichtssprache der ungarischen ethnischen Minderheit hinausgewachsen ist. Es entwickelte sich die schwerste und tiefgreifendste Krise zwischen den beiden Nachbarländern, seit die diplomatischen Beziehungen aufgenommen wurden. Zudem reicht diese Krise weit über die bilateralen Beziehungen hinaus und wird regelmäßig auf NATO- und EU-Ebene erörtert. Sämtliche Versuche der letzten drei Jahre, den Konflikt zwischen Kyjiw und Budapest zu lösen, blieben ohne Erfolg. Es stellt sich die Frage: Können die Ukraine und Ungarn aus der jetzigen Sackgasse herauskommen, und wenn ja, wie genau?

Die Sackgasse

Ende Mai 2020 erklärte Präsident Wolodymyr Selenskyj auf einer Pressekonferenz aus Anlass der Vollendung seines ersten Amtsjahres, dass er bereit sei, mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán ein Memorandum zu unterzeichnen, das den Konflikt der vergangenen drei Jahre beenden würde. Einen Monat später, Ende Juni, erklärte der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba bei einem gemeinsamen Auftritt mit seinem ungarischen Amtskollegen Péter Szijjártó, dass das Memorandum bis Ende Juli bei einem persönlichen Treffen der beiden Staats- und Regierungschefs unterzeichnet werden könne.

Es schien, als sei der langwierige Konflikt gelöst. Schließlich hatte – nachdem Selenskyj Präsident geworden war – auch der ungarische Ministerpräsident persönlich und mehrfach erklärt, dass er ein Treffen mit dem ukrainischen Staatschef wünsche.

Nun ist Ende Oktober, aber das lang erwartete Treffen zwischen Selenskyj und Orbán hat immer noch nicht stattgefunden; das Memorandum ist nicht unterzeichnet und der Konflikt nicht beendet.

Der offizielle Grund, warum das Treffen von Selenskyj und Orbán noch nicht stattgefunden hat, ist der, dass zuerst die Sitzungen von zwei zwischenstaatlichen Kommissionen stattfinden sollen, der zu Fragen ethnischer Minderheiten und der über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. In Wirklichkeit aber stecken die Beziehungen zwischen der Ukraine und Ungarn bereits seit langem in einer Sackgasse und beide Länder wissen nicht, wie sie ohne Gesichtsverlust aus der verfahrenen Lage kommen können.

Die letzten drei Jahre – seit September 2017, als das neue ukrainische Bildungsgesetz verabschiedet wurde, das den Beginn des ukrainisch-ungarischen Konflikts markiert – ist von jedem Treffen ein Durchbruch und eine Beendigung des Konflikts erwartet worden. Doch obwohl es regelmäßige Gespräche gab (so hat es trotz der Coronavirus-Pandemie allein in diesem Jahr vier persönliche Begegnungen der Außenminister gegeben), ist der Konflikt bis heute nicht beigelegt.

Auch sollte einen nicht in die Irre führen, dass Ungarn im Juni dieses Jahres den Beitritt der Ukraine zum *Enhanced Opportunities Program* (EOP) der NATO nicht blockiert hat. Denn noch beim letzten Außenministertreffen in Uschhorod hatte Péter Szijjártó erklärt, Ungarn werde sein Veto hinsichtlich der Ukraine-NATO-Kommissionen und einer Annäherung Kyjiws an die Allianz aufrechterhalten. Im Oktober 2019 hatte Budapest erst im letzten Moment sein Veto gegen eine gemeinsame Erklärung der Botschafter der NATO-Staaten zur Ukraine zurückgenommen. Im Juni 2018 hatte Ungarn als einziger EU-Staat die Gewährung eines Milliardenkredits für die Ukraine nicht unterstützt. Und unmittelbar nach der Verabschiedung des erwähnten Bildungsgesetzes erklärte Budapest in Gestalt von Péter Szijjártó, dass das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU revidiert werden müsse.

Zweifelloso hat die Schärfe des Konflikts zwischen Kyjiw und Budapest im Laufe des vergangenen Jahres erheblich abgenommen; die Ukraine und Ungarn sind heute einer Normalisierung der Beziehung näher als je zuvor seit Herbst 2017. Es wäre allerdings verfrüht, von

einer tatsächlichen Normalisierung zu sprechen und auch ein persönliches Treffen zwischen Selenskyj und Orbán oder die Unterzeichnung des erwähnten Memorandums würden den ungarisch-ukrainischen Konflikt kaum lösen.

Für einen Ausweg aus der Situation muss man sich über die tatsächlichen Gründe des Konflikts und dessen Natur klar werden.

Der Ausgangspunkt

Der Konflikt begann formal, nachdem die Werchowna Rada am 5. September 2017 ein neues Bildungsgesetz verabschiedet hatte, das den Beginn einer umfassenden Bildungsreform in der Ukraine markierte. In Paragraph 7 dieses Gesetzes ist festgeschrieben, dass »die Sprache des Bildungsprozesses in den Lehranstalten die Staatssprache« ist, also das Ukrainische. Gleichzeitig behalten die ethnischen Minderheiten das Recht, bis zur vierten Klasse komplett in der Muttersprache unterrichtet zu werden, und von der 5. bis zur 11. Klasse in einzelnen Fächern auf Englisch oder einer der offiziellen Sprachen der EU, zu denen auch das Ungarische zählt.

In einem neuen Gesetz über die Sekundarbildung, das im Januar 2020 verabschiedet wurde, sind die Zeiträume genauer gefasst worden: Bis zur vierten Klasse sollen Kinder ethnischer Minderheiten obligatorisch das Ukrainische erlernen, doch können alle anderen Fächer in der Muttersprache unterrichtet werden. In der 5. Klasse soll der Anteil des ukrainischsprachigen Unterrichts mindestens 20 Prozent betragen und sich bis zur 9. Klasse auf 40 Prozent erhöhen. In den höheren Klassen (den Klassen 10 und 11) soll der Unterricht zu 60 Prozent in ukrainischer Sprache erfolgen.

Kyjiv hat diese Neuerungen von Anfang an mit einer notwendigen Integration von Gesellschaft (inklusive ethnischer Minderheiten) und ukrainischer politischer Nation begründet, und zwar angesichts der hybriden Aggression Russlands.

Die Ungarn und das offizielle Budapest haben dieses Gesetz als Versuch einer Assimilierung der ungarischen Minderheit wahrgenommen, als Angriff auf ihre Identität, Verletzung ihrer Rechte und Bruch der Verpflichtungen Kyjiws. Alle Erklärungsversuche der damaligen ukrainischen Bildungsministerin, Lilija Hrynewytsch, dass das Ziel gerade umgekehrt sei – verbesserte Ukrainischkenntnisse sollten die Rechte und Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung von Kindern ethnischer Minderheiten in der Ukraine erweitern – zeigten keine Wirkung.

Auch die Venedig-Kommission des Europarats konnte den Streit nicht lösen. Diese hatte der Ukraine empfohlen, den Paragraphen 7 des Gesetzes hinsichtlich der ethnischen Minderheiten äußerst flexibel zu handhaben, die privaten Schulen auszunehmen und die Übergangszeit von 3 auf 5 Jahre bis 2022 zu verlängern.

Kyjiv hat diese zwei Gesetzesänderungen im April 2019 durch das neue Sprachengesetz (hinsichtlich der Übergangszeit) und durch das Gesetz über die Sekundarbildung (hinsichtlich der privaten Schulen) im Februar 2020 verabschiedet. Offensichtlich hat das aber die Lage nicht verändert.

Das liegt auch daran, dass sich die Ursache der ukrainisch-ungarischen Krise nicht allein auf die Sprachenfrage beschränkt, sondern gegenwärtig sehr viele und höchst sensible Fragen der bilateralen Beziehungen umfasst: die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft und der Vergabe von ungarischen Pässen an ethnische Ungarn in der Ukraine, die Finanzspritzen von Ungarn in die Region Transkarpatien und der Einfluss Budapests in dieser Grenzregion, das Recht der ungarischen Gemeinden auf Autonomie und die konkrete Ausgestaltung dieser Autonomie, das Verwenden ungarischer Symbole in der Öffentlichkeit, die Schaffung eines »ungarischen Bezirks« in der Ukraine, die Repräsentation der ungarischen Minderheit in staatlichen Stellen, die europäische und euroatlantische Integration der Ukraine, der Einfluss Russlands auf die Politik Budapests und die Rolle Russlands beim Schüren des ukrainisch-ungarischen Konflikts, um nur einige zu nennen.

All diese Fragen haben sich über Jahre hinweg, auch schon vor September 2017, angesammelt und sind in den letzten drei Jahren eine nach der anderen an die Oberfläche getreten.

So stellt Budapest beispielsweise bereits seit 2011 ethnischen Ungarn im Ausland in einem vereinfachten Verfahren ungarische Pässe aus. Den letzten offen zugänglichen Informationen von Anfang 2015 zufolge haben bis dahin 94.000 ukrainische Staatsbürger einen ungarischen Pass erhalten (<https://www.eurointegration.com.ua/rus/articles/2018/09/20/7087153/>). Wegen der Ausstellung ungarischer Pässe verwies Kyjiv 2018 einen ungarischen Konsul des Landes, und Budapest als Reaktion darauf einen ukrainischen.

Kollision der Visionen

Hätte die Krise vermieden werden können? Möglicherweise. Gleichzeitig erscheint sie aber logisch und folgerichtig, und zwar nicht nur, weil weder Kyjiv noch Budapest sich bis in die jüngste Zeit sonderlich um die bilateralen Beziehungen gekümmert und in den letzten Jahren eher mit inneren Angelegenheiten beschäftigt haben. Mit Kyjiv und Budapest prallten 2017 zwei unterschiedliche Visionen souveräner Staaten aufeinander, mit unterschiedlichen Erwartungen aneinander und verschiedenen Verständnissen über den Status und die Rechte ethnischer Minderheiten.

Seit 2013 erfolgt durch die Revolution der Würde vor dem Hintergrund der russischen Aggression praktisch ein Neustart der ukrainischen Staatlichkeit. Die-

ser wird von tiefgreifenden Veränderungen sowohl im gesellschaftlichen Bewusstsein wie auch in den staatlichen Institutionen begleitet. Das Bildungsgesetz und die nachfolgenden Gesetze über die Sprache und die Sekundarbildung oder etwa die Dezentralisierungsreform und der neue administrative Aufbau der Ukraine sind Teil dieses Prozesses zur Weiterentwicklung eines souveränen Staates. Dieser Prozess wurde unter Petro Poroschenko begonnen und setzt sich, bislang jedenfalls, auch unter Wolodymyr Selenskyj fort.

In Ungarn haben Viktor Orbán und dessen *Fidesz*-Partei seit 2010 mit Hilfe der verfassungsändernden Mehrheit im Parlament die verfassungsrechtliche Landschaft des Landes praktisch auf sich zugeschnitten. Das Resultat wird meist als »illiberale Demokratie« bezeichnet. Orbán hat den Schutz der Rechte aller Ungarn – ganz gleich, wo sie leben – nicht nur zur verfassungsmäßigen Pflicht des Staates erkoren, sondern auch ins Zentrum seiner Innen- und Außenpolitik gerückt. Hierbei handelt es sich vor allem um ein Echo des Trianon-Vertrags, des Friedensvertrags nach dem Ersten Weltkrieg, durch den Ungarn rund ein Drittel seiner Bevölkerung und zwei Drittel seiner Territorien verlor. Für Orbán geht es aber auch um die Vision von einem modernen Ungarn, dessen Zukunft sowie die Geschlossenheit der ungarischen Nation. Was die ungarischen Gemeinden betrifft, die sich vor 100 Jahren jenseits der Grenzen des ungarischen Staates wiederfanden, so sollen diese Orbáns Vision zufolge das Recht auf den Gebrauch ihrer Muttersprache und auf muttersprachlichen Unterricht, auf eine doppelte Staatsbürgerschaft, auf eine Selbstverwaltung, kurzum auf verschiedene Arten der Autonomie haben – und zwar auch in territorialer Hinsicht –, um ihre Identität und gleichzeitig die Bindung zu ihrem Vaterland bewahren zu können. Das betrifft nicht nur die Ukraine, wo dem Zensus von 2001 zufolge rund 150.000 ethnische Ungarn leben, sondern auch andere Nachbarstaaten Ungarns. In der Slowakei etwa leben rund eine halbe Million Ungarn, in Rumänien sind es mehr als eine Million. Und während Bukarest eine doppelte Staatsangehörigkeit anerkennt, so ist das bei Bratislava und Kyjiw nicht der Fall.

Auch mit diesen Ländern hatte Ungarn schon vor Orbán mehrere ähnliche Konflikte wie aktuell mit der Ukraine. Im Unterschied zu den Erfahrungen mit der Slowakei oder Rumänien fiel die Krise in den ungarisch-ukrainischen Beziehung zeitlich mit der militärischen Aggression durch Russland zusammen. Hinzu kommt, dass Wladimir Putin unter dem gleichen Vorwand, nämlich dem Schutz der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine, die Annexion der Krim unternommen und den Krieg im Donbas begonnen hat.

Die Hand des Kreml

In der Tat versucht der Kreml – folgt man russischen Zeitungsberichten – seit langem, destruktiv auf die ungarisch-ukrainischen Beziehungen einzuwirken: Seit 2014 wird in den Medien intensiv das Narrativ von einem ungarischen Separatismus in Transkarpatien verbreitet. Russlands Vorgehen beschränkt sich aber nicht auf mediale Fakes und Manipulationen: Sofort nach Verabschiedung des Bildungsgesetzes kam es in Transkarpatien zu einigen Provokationen, hinter denen die Hand des Kremls erkennbar ist.

Hierbei handelte es sich um den Versuch, das ungarische Monument am *Werezkyj-Pass* (ung.: *Verekei-hágó*) in den Karpaten zu zerstören, das an die ungarische Landnahme vor 1100 Jahren erinnert; um zwei Brandstiftungen im Büro der Ungarischen Kulturgesellschaft in Transkarpatien in einem Abstand von nur drei Wochen, sowie um Angriffe auf Autos mit ungarischen Nummernschildern in Berehowe (ung.: *Beregszász*).

Die ukrainische Seite behandelte all diese Zwischenfälle offiziell als antiungarische Provokationen, hinter denen Russland stehe, obwohl in den meisten Fällen nicht ausreichend Beweise hierfür vorlagen. Bei einer dieser Provokationen liegt jedoch sogar ein Gerichtsurteil aus Polen vor, und zwar zum Fall des ersten Brandanschlags auf das Büro der Ungarischen Kulturgesellschaft in Uschhorod am 4. Februar 2018. Im März 2019 wurden die Brandstifter, drei polnische Rechtsextremisten, nicht nur zu Gefängnisstrafen verurteilt; bei den Ermittlungen kamen auch die Motive für den Anschlag ans Licht: Der Anschlag sollte ukrainischen Nationalisten in die Schuhe geschoben werden, um die Spannungen zwischen Ungarn und der Ukraine zu erhöhen. Der Organisator des Angriffs, Michał Prokopowicz, gab an, dass ihn der als rechtsextrem geltende deutsche Journalist Manuel Ochsenreiter mit dem Brandanschlag beauftragt habe. Ochsenreiter, gegen den die Berliner Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen des Verdachts der Brandstiftung aufgenommen hat, unterhält wiederum enge Verbindungen zu (rechten) Netzwerken in Russland, und gegen seinen engen politischen Weggefährten Mateusz Piskorski, der seit 2016 in Warschau in Untersuchungshaft sitzt, ermittelt die polnische Generalstaatsanwaltschaft wegen Spionage für den russischen Nachrichtendienst FSB. Der ukrainische Geheimdienst SBU vermutet, dass auch Ochsenreiter für den FSB arbeitet bzw. von diesem finanziert wird.

Die Motive Moskaus sind klar: Es soll gezeigt werden, dass in der Ukraine auf staatlicher Ebene nicht nur die Rechte der russischen ethnischen Minderheit verletzt werden, sondern auch die aller anderen. Weiterhin soll der Eindruck erweckt werden, dass es nicht nur im Donbas einen innerstaatlichen ethnischen Konflikt gibt, sondern auch unmittelbar an der Grenze zur EU.

Im Übrigen hat Russland sofort nach Verabschiedung des ukrainischen Bildungsgesetzes andere Länder, in erster Linie Ungarn, öffentlich zur Zusammenarbeit aufgerufen, um in dieser Frage Druck auf die Ukraine auszuüben. Wie sich herausstellte, gab es zwischen den Parlamentspräsidenten der beiden Länder, László Kövér und Wjatscheslaw Wolodin, einen offiziellen Briefwechsel aus diesem Anlass (<http://duma.gov.ru/news/47179/>).

Zweifellos wird Russland auch weiterhin versuchen, destruktiv auf die ungarisch-ukrainischen Beziehungen Einfluss zu nehmen, selbst dann, wenn diese sich normalisieren sollten. Darauf müssen sowohl Kyjiw wie Budapest vorbereitet sein, wobei Ungarn aktuell selbst nicht nur gern mit dem Kreml anbandelt – unter anderem auch in der ukrainischen Frage – sondern seine Zusammenarbeit mit Moskau vorantreibt. Zudem sympathisieren Orbán und Putin persönlich miteinander.

Wege aus der Sackgasse

Dies ist lediglich eine kurze Beschreibung der Komplexität und Vielschichtigkeit des ungarisch-ukrainischen Konflikts, der alles enthält: gegenseitige Anschuldigungen, Ultimaten, Explosionen, Brandstiftungen, gegenseitige Ausweisung von Konsuln, Vorwürfe einer Unterstützung von Separatismus und eines Angriffs auf die Souveränität eines Landes, Einmischung von Dritten. Es verwundert insofern nicht, dass sich Budapest und Kyjiw in eine Sackgasse manövriert haben und dort nicht wieder herauskommen. Mitunter scheint es, als wollten sie das auch gar nicht, da sie aus dem Konflikt Nutzen ziehen.

Das gilt vor allem für Viktor Orbán. Allerdings muss man verstehen, dass neben einer politischen und geopolitischen Motivation, die Orbán nicht zurückweichen lässt, auch ideologische Gründe eine Rolle spielen, nämlich die erwähnte Vorstellung vom Schutz und einer Geschlossenheit der ungarischen Nation. Auch die Wahlen 2022 – sie könnten Orbán 16 ununterbrochene Jahre an der Spitze des Landes bescheren – spielen eine Rolle, denn dieser Kurs kommt bei den Ungarn, wo 67 Prozent der Bevölkerung der Auffassung sind, dass einige Teile von Nachbarstaaten eigentlich zu Ungarn gehören, gut an.

Der ukrainische Staat wiederum ist – bislang jedenfalls – nicht bereit, eine andere Richtung für die Entwicklung des Landes einzuschlagen. Deswegen wird Außenminister Dmytro Kuleba – wie auch seine Vorgänger Wadym Prystajko und Pawlo Klimkin – nicht müde zu wiederholen, dass die Ukraine das Bildungsgesetz nicht mehr ändern, geschweige denn abschaffen wird.

Was bleibt Kyjiw und Budapest in dieser Situation?

Variante 1. Beide Seiten nehmen eine abwartende Haltung ein, in der Hoffnung, dass sich alles von selbst

regeln werde, oder dass sich die innenpolitische Lage in der Ukraine oder in Ungarn ändert. Allerdings gibt es bisher keine Anzeichen dafür, dass Orbán seine Macht verlieren könnte; seine Umfragewerte sind exorbitant. Andererseits hatte Budapest große Erwartungen an Wolodymyr Selenskyj gerichtet, nach dem Motto: Sein Vorgänger Poroschenko, der persönlich für den Konflikt verantwortlich war, ist schon seit anderthalb Jahren nicht mehr an der Macht, ohne dass sich die Lage in den ungarisch-ukrainischen Beziehungen sonderlich verändert hätte.

Variante 2. Der anhaltende Konflikt wird von der neuen Realität zur neuen Normalität und es wird versucht, die Beziehungen unter der Annahme zu gestalten, dass der Konflikt in absehbarer Zukunft nicht zu lösen sein wird. Das beschreibt im Grunde das Vorgehen in den letzten drei Jahren. Paradoxiertweise hat zum Beispiel der Handel zwischen beiden Ländern in den letzten fünf Jahren genau auf dem Höhepunkt des Konflikts am stärksten zugenommen: Er betrug 2017 und 2018 jeweils 2,48 und 2,9 Milliarden US-Dollar.

Dass Kyjiw im Dialog mit Budapest das gleiche erreicht, was Kyjiw in seinen Beziehungen zu Warschau wenigstens zum Teil gelungen ist – diese hatten sich fast gleichzeitig mit den ungarisch-ukrainischen Beziehung wegen historischer Fragen verschlechtert, zuletzt aber wieder verbessert – ist unwahrscheinlich. Während des letzten Besuchs von Präsident Andrzej Duda in der Ukraine im Oktober 2020 wurden die konfliktträchtigen Themen nicht einmal angesprochen. Die Vorstellung, dass Budapest plötzlich auf das Thema der Rechte der ungarischen Minderheit in der Ukraine zugunsten wirtschaftlicher Themen verzichtet, ist zumindest in absehbarer Zukunft nicht realistisch.

Bei beiden Varianten ist zu berücksichtigen, dass die gesamte Büchse der Pandora mit den Problemen der bilateralen Beziehungen immer noch offen ist. Und jedes Problem kann jederzeit wieder »hochgehen« und eine neue Spirale des Konflikts auslösen.

Genügend Anlässe sind vorhanden: So beschuldigte Kyjiw Budapest, sich in die gerade abgehaltenen ukrainischen Kommunalwahlen vom 25. Oktober 2020, und damit in innere Angelegenheiten der Ukraine, eingemischt zu haben. Hintergrund waren die Äußerungen des ungarischen Außenministers Péter Szijjártó und des Staatssekretärs für nationale Angelegenheiten Árpád Potápi, die die ungarische Minderheit in der Ukraine öffentlich dazu aufgerufen hatten, die *Gesellschaft für ungarische Kultur in Transkarpatien* sowie deren Kandidaten zu unterstützen. Damit verstießen sie gegen Artikel 57 des ukrainischen Wahlgesetzes, das Ausländern die Teilnahme am Wahlkampf untersagt. Das ukrainische Außenministerium kündigte eine »harte Reaktion« an, und der Vorfall könnte eine neue Eskala-

lationsspirale in Gang setzen. Spätestens 2023, wenn die Übergangsfrist für Paragraph 7 des Bildungsgesetzes ausläuft, wird es einen neuen Anlass mit reichlich Konfliktpotenzial geben.

Variante 3. Kyjiw und Budapest könnten versuchen, in kleinen Schritten die gesamte Liste problematischer Fragen in den bilateralen Beziehungen anzugehen, die sich in all den Jahren angesammelt hat. Das wäre durchaus im Rahmen des Machbaren.

Bei der Frage des Bildungsgesetzes könnte man versuchen, auf Grundlage der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 ein zweisprachiges Modell zu entwickeln, bei dem die Fächer in der Schule parallel auf Ungarisch und Ukrainisch unterrichtet werden. Das ließe die geltende Fassung des Bildungsgesetzes und seines Paragraphen 7 zu. Dergestalt könnte das Bildungssystem ohne drohende Assimilierung der Ungarn zu einer integrativen Komponente werden.

Was die doppelte Staatsbürgerschaft betrifft, so sind in den letzten Jahren immer häufiger Erklärungen von offiziellen Vertretern des ukrainischen Staates zu hören, dass diese Frage aktuell ist, und zwar nicht nur im Kontext der ungarisch-ukrainischen Beziehungen, sondern auch insgesamt für ein Land, das eine große Diaspora hat und in den letzten Jahren durch Emigration viele Bürger verloren hat. Darüber hinaus soll das neue Staatsangehörigkeitsgesetz, zu dem ein Entwurf bereits im

Parlament registriert ist, auch eine Antwort auf das aggressive Vorgehen Russlands sein, das ukrainischen Bürgern russische Pässe ausstellt.

Die Frage des Rechts der Ungarn auf Selbstverwaltung in ihren Siedlungsgebieten ließe sich über die Dezentralisierungsreform und einer Übertragung weitreichender Zuständigkeiten auf die lokale Ebene lösen. Außerdem ist eines der Ergebnisse der Verwaltungsreform, die in diesem Jahr abgeschlossen wurde, dass der Kreis Berehowe, in dem viele Ungarn leben, erhalten bleibt. Trotz aller Ängste und Voreingenommenheiten ist derzeit nicht zu erkennen, wo dort ein echter Separatismus entstehen soll.

Die dritte Variante wäre wohl die schwierigste und würde von beiden Seiten ein hohes Maß an Vertrauen, viel Energie und Geduld verlangen – und qualifizierte Experten, die größeren Nutzen in gutnachbarschaftlichen Beziehungen sehen als in einem Konflikt.

Dies wäre zugleich der einzige Weg, um tatsächlich aus der Sackgasse herauszukommen und gesunde ungarisch-ukrainische Beziehungen im Rahmen der europäischen und euroatlantischen Integration aufzubauen. Dies gilt übrigens genauso für das EU- und NATO-Mitglied Ungarn wie für die Ukraine, die erst noch einen Weg dorthin sucht.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

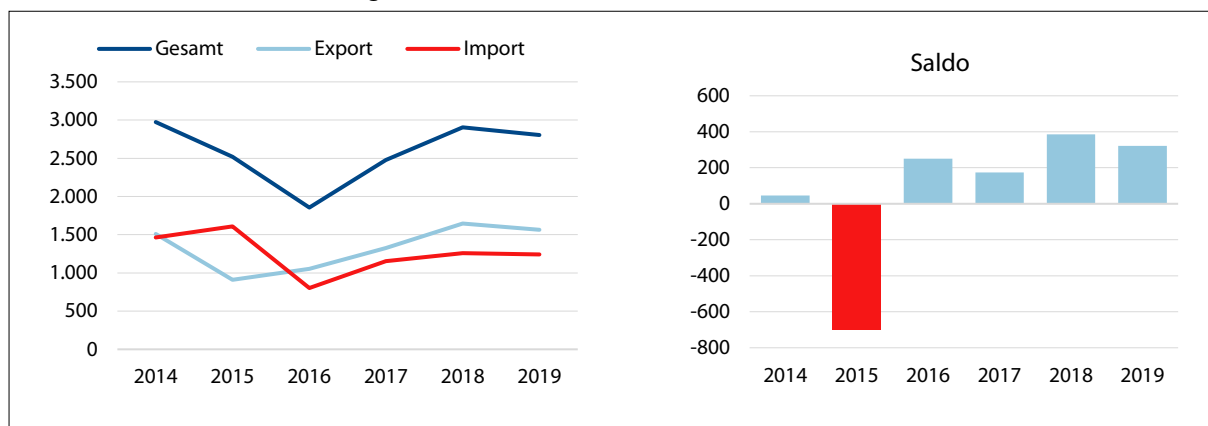
Über den Autor

Dmytro Tuschanskyj ist Experte für Ungarn, die ungarisch-ukrainischen Beziehungen und die politischen Prozesse in Mittel- und Osteuropa. Er hat einen Magisterabschluss in Politikwissenschaft (Europastudien an der Nationalen Universität Kyjiw-Mohyla-Akademie) und ist Gründer und Direktor des Analyse-Zentrums *Institut für mitteleuropäische Strategie*.

STATISTIK

Außenhandel zwischen der Ukraine und Ungarn

Grafik 1: Außenhandel mit Ungarn (in Mio. US-Dollar)



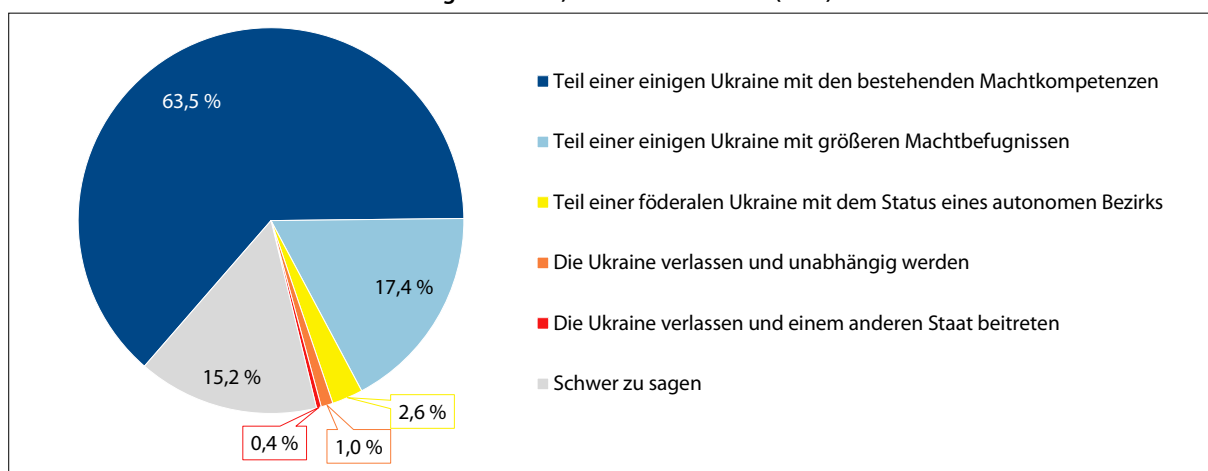
	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Gesamt	2.973,9	2.518,3	1.855,1	2.478,8	2.906,4	2.804,4
Export	1.509,9	909,7	1.053,1	1.326,4	1.646,1	1.562,8
Import	1.464,0	1.608,6	802,0	1.152,4	1.260,3	1.241,6
Saldo	45,9	-698,9	251,1	174,0	385,8	321,2

Quelle: Statistikamt der Ukraine

UMFRAGE

Ansichten der BewohnerInnen der Region Transkarpatien zum Status ihrer Region

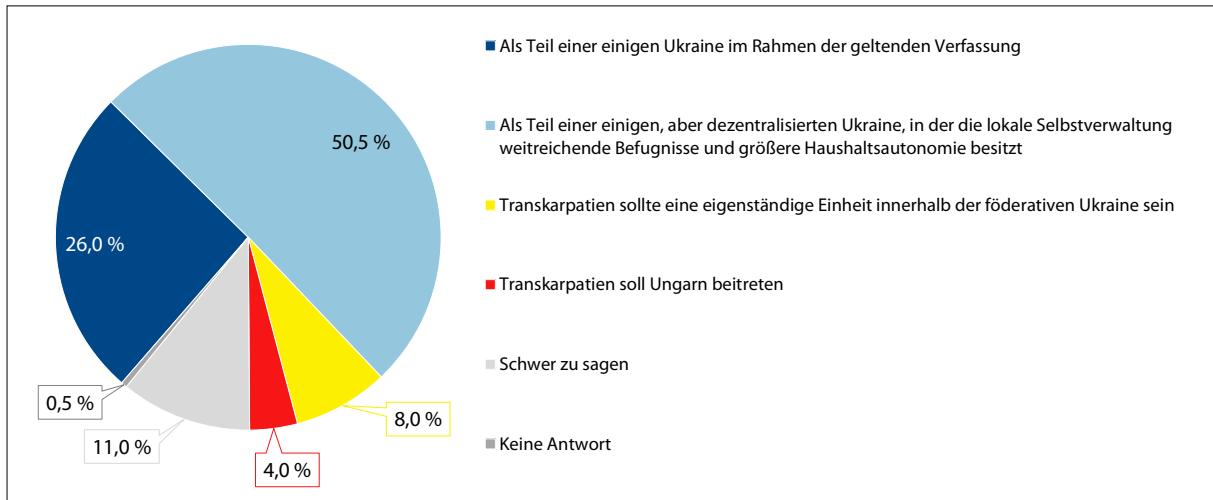
Grafik 1: Welchen Status sollte die Region haben, in der Sie wohnen? (in %)



Anmerkung: Die Umfrage wurde vom 30. November bis 10. Dezember 2018 in der Region Transkarpatien von der Stiftung »Demokratische Initiativen« und dem Ukrainian Sociological Service durchgeführt. Insgesamt wurden 500 Personen aus sechs Städten und 15 Dörfern befragt, repräsentativ nach Alter, Geschlecht und Siedlungsart. Der Stichprobenfehler liegt unter 5,0%.

Quelle: Stiftung Demokratische Initiativen, Sozipolitische Stimmung in Transkarpatien, 24. Januar 2019, <https://dif.org.ua/article/stan-suspilnoi-svidomosti-na-zakarpatti>

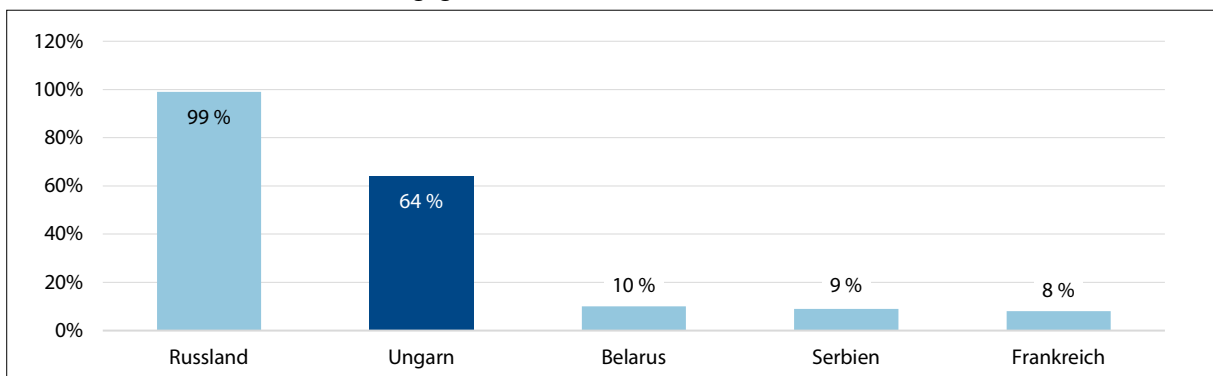
Grafik 2: Wie sehen Sie die Zukunft der Region Transkarpatien?



Anmerkung: Die Umfrage wurde vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie (KIIS) vom 22. bis 30. April 2019 durchgeführt. Messabweichung: 7,2%.
Quelle: Zerkalo Nedeli, 08.06.2019, https://zn.ua/internal/get-vid-kiyeva-320129_.html.

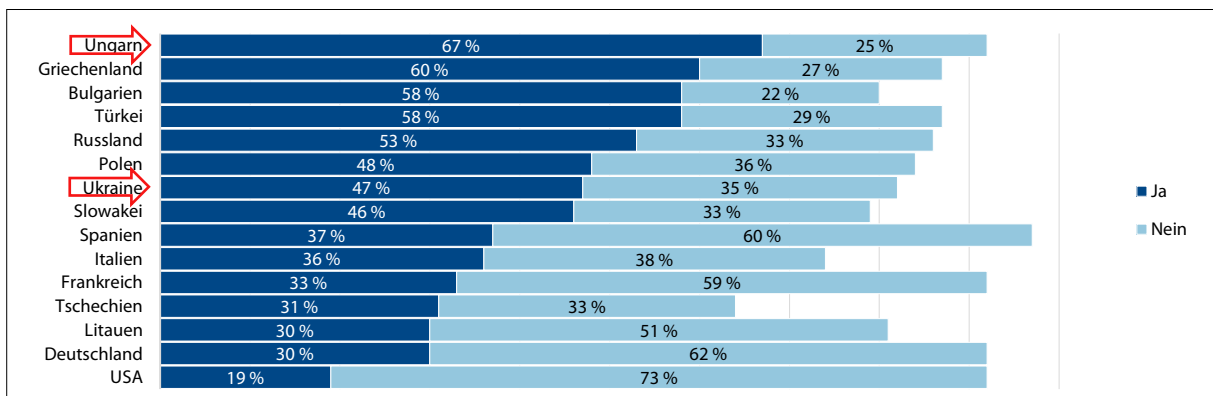
Freunde und Feinde

Grafik 1: Die feindlichsten Staaten gegenüber der Ukraine



Anmerkung: Grundlage der Daten ist eine Umfrage zu den Erfolgen und Misserfolgen der ukrainischen Außenpolitik, bei der 103 Experten zwischen dem 9.–17. Dezember 2019 vom Rat für Außenpolitik befragt wurden.
Quelle: Rat für Außenpolitik »Ukrainska Prisma«, 2019, <http://prismua.org/2019-12-20/>

Grafik 2: Gibt es Teile von Nachbarländern, die in Wirklichkeit uns gehören?



Quelle: Pew Research Center, 2019, <https://www.pewresearch.org/global/2020/02/09/nato-seen-favorably-across-member-states/>.

Das Ernennungsverfahren unter »Quarantäne-Bedingungen« könnte den Staatsdienst der Ukraine in die Zeit von Janukowytsch zurückwerfen

Von Denis Gubaschow und Petro Bodnar (beide Texty.org.ua, Kyjiw)

DOI: 10.31205/UA.241.02

Zusammenfassung

Im Rahmen der im Frühjahr in der Ukraine verhängten Quarantäne-Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus beschloss das Ministerkabinett im April auch eine weitreichende Änderung des 2016 reformierten Ernennungsverfahrens für Staatsämter. Der Auswahlprozess wurde verkürzt und vereinfacht: anstelle eines aufwändigen mehrstufigen Bewerbungsverfahrens reicht ein einfaches Bewerbungsgespräch. Das erhöht das Korruptionsrisiko und könnte nach Ende der Quarantänemaßnahmen zu einem verwaltungstechnischen Vakuum führen. Der nachfolgende Artikel basiert auf einer Auswertung der zwischen April bis Juli 2020 erfolgten Entlassungen und Ernennungen und analysiert die Konsequenzen des vereinfachten Ernennungsverfahrens.

Einleitung

Am 22. April hat das Ministerkabinett der Ukraine per Verordnung für die Zeit der Quarantäne-Maßnahmen ein vereinfachtes Ernennungsverfahren für Staatsämter beschlossen (<https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/290-2020-%D0%BF>): Anstatt eines umfassenden Auswahlprozesses mit mehreren Anwärtern reicht nun ein Bewerbungsgespräch mit einem potenziellen Kandidaten. Dadurch können jetzt sogar Minister und ihre Stellvertreter lediglich aufgrund der Ergebnisse des Bewerbungsgesprächs (und vorbehaltlich der erfolgreichen Antikorruptionsprüfung) ernannt werden. Das bedeutet, dass es kaum noch Hindernisse dafür gibt, dass Staatsämter mit den »eigenen Leuten« besetzt werden, oder gar mit solchen, die das Amt gekauft haben.

Es gibt zwar die Einschränkung, dass der Posten spätestens vier Monate nach Ende der Quarantäne-Maßnahmen neu besetzt werden muss. Aber angesichts der epidemiologischen Situation in der Ukraine, wo die Corona-Zahlen ständig zunehmen, der weltweiten Entwicklungen und der Expertenprognosen liegt dieser Augenblick noch in weiter Ferne. Somit können jene, die während der Quarantäne-Maßnahmen ernannt wurden, damit rechnen, dass sie ihre Posten bis zum Herbst 2021 behalten.

Wie wir im Mai in einem anderen Artikel bereits prognostiziert hatten, erlebt die Ukraine bei der Ernennung von staatlichen Amtsträgern nach dem vereinfachtem Auswahlverfahren einen Boom. Allein von April bis September 2020 erfolgten 91 Ausschreibungen für 79 Ämter des Staatsdienstes der Kategorie A. Das ist fast ein Drittel der über 200 staatlichen Spitzenämter.

Bedeutung der Kategorien

In der Ukraine gab es mit Stand vom 31. März 2020 mehr als 200.000 Staatsbedienstete.

Staatsdiener der Kategorie C, von denen es 168.000 gibt, sind die »einfachen Soldaten« unterschiedlicher Ränge des Staatsdienstes. Die meisten von ihnen sind Fachleute, leitende Beamte usw. Sie schultern die Routinarbeiten des Staates, die einfache Bürger kaum bemerken, von der technischen Organisation von Ausschreibungen für das Catering in Schulen bis zur Ausstellung von Pässen. Würden sie verschwinden, bräche Chaos aus.

In die Kategorie B aufzusteigen (die 58.000 Personen zählt), ist das Ziel der einfachen Staatsdiener. Zu dieser Kategorie gehören die Leiter der Behörden und ihrer Unterabteilungen auf regionaler Ebene, sowie Abteilungs-, Referats- und Amtsleiter. Sie erfüllen Aufgaben mit größerer Verantwortung. Sie können die Routen von Transportunternehmen festlegen oder entscheiden, welches Unternehmen die Umwelt verschmutzt, und welches nicht. Hier besteht bereits ein mittleres Korruptionsrisiko. Von dem Maße, in dem Angehörige dieser Gruppe ehrlich und professionell arbeiten, hängt ab, wie erfolgreich die von der Politik getroffenen Entscheidungen umgesetzt werden. Sie wissen, wie die Staatsmaschine fährt, wo sie stottert, wo es etwas zu reparieren gibt.

Zur Kategorie A zählen die Leiter der verschiedenen Behörden. Zu ihnen gehören etwa der Leiter von *Goskino* (die staatliche Behörde für das Filmwesen) oder der Leiter des Ukrainischen Instituts für Nationale Erinnerung, aber auch »einträgliche« Behörden wie das Staatliche Forstamt oder die Staatliche Umweltinspektion. Ein solches Amt ist der Traum für jeden, der im Staatsdienst Karriere machen will.

In all den Jahren vor der Revolution der Würde waren die meisten dieser Posten ein Tauschobjekt für politische Deals. Unter großem Druck der westlichen Partner und der Öffentlichkeit hatte die Ukraine 2016 dann neue Regeln zur Ernennung der Staatsbediensteten.

teten eingeführt. Das Verfahren war für die unterschiedlichen Ämter unterschiedlich, doch war ein Auswahlverfahren für alle obligatorisch. Dieses System hatte seine Mängel, schützte aber in gewissem Maße vor Korruption. Nach dem Amtsantritt von Wolodymyr Selenskyj wurde es offen ignoriert, und nicht wenige Ausschreibungen waren von heftigen Skandalen begleitet, wie erst vor kurzem die Ernennung des Leiters des Nationalen Gesundheitsdienstes (<https://texty.org.ua/fragments/101033/stepanov-vidhylyv-usih-peremozhciv-na-konkurs-ochilnyka-nacionalnoyisluzhby-zdorovya-aby-pryznachyty-svoho>).

»Politische« Säuberungen in den Ministerien und Behörden

Viele Staatsbedienstete, die nach dem 22. April 2020 infolge der Verordnung entlassen wurden, haben ihre Arbeit gemäß Abs. 1, § 87-1 des Gesetzes *Über den Staatsdienst* verloren. Laut diesem Gesetz können Staatsdiener der Kategorie A »ohne erhebliche Gründe« innerhalb von vier Monaten nach Ernennung eines neuen Premierministers, eines neuen Ministerkabinetts, oder eines neuen Ministers auf Antrag des Leiters einer staatlichen Behörde, des Premierministers oder des Fachministers, entlassen werden. Das erzeugt erhebliche Risiken für »politische Säuberungen« und schafft Möglichkeiten zur Ernennung der eigenen Leute in den nachgeordneten Diensten und Ämtern.

Hier ist zu erwähnen, dass die Betroffenen nicht einfach entlassen werden, sondern für die folgenden sechs Monate in die Personalreserve versetzt werden. Es besteht die Möglichkeit, ohne Auswahlverfahren eine Position im Staatsdienst der (niedrigeren) Kategorie B in Behörden mit landesweiter Zuständigkeit einzunehmen, und schließlich ein Salär von sechs Monatsbezüge zu erhalten, falls sich keine andere Position findet.

Diese Vorschrift wurde erst unter Präsident Wolodymyr Selenskyj in das Gesetz aufgenommen und ermöglichte »Säuberungen« zuerst in der Amtszeit von Oleksij Hontscharuk und in der jetzigen Regierung von Denys Schmyhal.

Während dieser Beitrag verfasst wurde, ist bekannt geworden, dass Präsident Selenskyj einen Versuch unternommen hat, den Paragraphen 87-1 wieder abzuschaffen, indem er dem Parlament Korrekturen am Entwurf zur Änderung des Gesetzes *Über den Staatsdienst* vorschlug.

Die wichtigsten Entlassungen

Vom 22. April bis Juli 2020 sind aufgrund des erwähnten Paragraphen 29 Spitzenbeamte entlassen worden, die in verschiedenen Bereichen die Politik des Staates gestalten, darunter auch Personen, die erst von Hontscharuk ernannt worden waren:

- *Andrij Sablozkyj*, seit Dezember 2019 Leiter der Staatlichen Agentur für Waldressourcen.
- *Jaroslav Pohorilyj*, seit Dezember 2019 Leiter der Staatlichen Agentur für Reserven. Vor ihm ist Wolodymyr Maroch keine drei Monate Leiter der Agentur gewesen.
- *Serbij Werlanow*, seit Mai 2019 Leiter des Staatlichen Steuerdienstes.
- *Oleksandr Pohorilyj*, seit Dezember 2019 Leiter des Staatlichen Dienstes für Verkehrssicherheit. Vor ihm ist Mychajlo Nonjak seit Mai 2016 über drei Jahre lang Leiter dieser Behörde gewesen.
- *Denis Baschlyk*, seit Dezember 2019 Leiter des Staatlichen Dienstes für Geodäsie, Kartographie und das Katasterwesen.
- *Oleksandr Tschernych*, Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung, Handel und Landwirtschaft, Anfang Juni 2020 entlassen, nachdem er nicht einmal vier Monate seinen Posten innehatte. Offiziell hatte er sein Amt am 3. März 2020 angetreten (geschäftsführend war er seit September 2019 tätig).
- *Mychajlo Bardonow*, Erster stellvertretender Leiter des Staatlichen Arbeitsamts, im Mai 2020 entlassen.
- *Oleksandr Starodubzew*, Leiter der Staatlichen Agentur für den Staatsdienst.
- *Oleksandr Schajtan*, stellvertretender Leiter des Staatlichen Dienstes für Ausfuhrkontrolle.
- *Robert Seldi*, *Serbij Petuchow* und *Denis Schendryk*, stellvertretende Leiter des Staatlichen Zolldienstes, am 24. April zusammen mit dem Leiter, Maksym Nefjodow, aus politischen Gründen entlassen. Alle genannten hatten ihren Dienst im Dezember 2019 angetreten.
- *Maksym Nefjodow*, Leiter des Staatlichen Zolldienstes. Nefjodow war 2014 nach der Revolution der Würde aus der Wirtschaft in die Exekutive gewechselt. Er war einer der wenigen, der unter drei Premierministern tätig war und konnte einige wichtige Reformen umsetzen, darunter die elektronische Beschaffungsplattform *Prozorro*. Diese hat dabei geholfen, bei Anschaffungen durch den Staat die Korruption erheblich zu verringern, wodurch in vier Jahren mehr als 100 Milliarden Hrywnja (ca. 3 Milliarden Euro) eingespart wurden. Nefjodow stand in Konflikt mit Präsident Selenskyj, der im März 2020 die Arbeit des Zolls als ineffektiv bezeichnete. Zum Katalysator der Entlassung Nefjodows wurde ein aufsehenerregendes Interview mit dem damaligen Finanzminister Ihor Umanskyj (der selbst nur drei Wochen an der Spitze des Ministeriums stand). In dem Interview hatte Umanskyj Nefjodow als einen der Realität entrückten Romantiker bezeichnet, der den Schmutz-

gel nicht in den Griff bekäme. Der ehemalige Premierminister und Mitstreiter von Selenskyj, Oleksij Hontscharuk, bezeichnete die Entlassung hingegen als »Fortsetzung der Säuberung von Korruptionsbekämpfern« und als »Anfang einer [neuen] Kaderpolitik«.

Entlassen wurden auch Behördenleiter, die unter Präsident Petro Poroschenko ernannt worden waren.

- *Dmytro Wenzkowskyj* war stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Steuerdienstes der Ukraine.
- *Oleksandr Schajtan* war stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Dienstes für Ausfuhrkontrolle.
- *Andrij Krawtschenko* war stellvertretender Leiter der Staatlichen Agentur für die Fischereiwirtschaft.
- *Serhij Nedseleskyj* war stellvertretender Leiter der Staatlichen Agentur für die Filmwirtschaft.
- *Serhij Neretin* war Erster stellvertretender Leiter der Staatlichen Agentur für die Filmwirtschaft.
- *Dmytro Bulatow* war stellvertretender Leiter der Staatlichen Agentur für Reserven.

Es lässt sich annehmen, dass diese Personen Opfer der politischen Konjunktur wurden. Ihre Entlassung war durch das oben beschriebene Spezialverfahren ermöglicht worden.

Eine Nebenwirkung des »Turboregimes«

Da die reformorientierte Regierung Hontscharuk wegen der gesetzlichen Beschränkungen nicht jene leitenden Beamten entlassen konnte, die als ineffizient und korrupt angesehen wurden, legte Hontscharuk dem Parlament einen Gesetzentwurf vor, der es ermöglichen sollte, leitende Bürokraten einfacher zu entlassen. Das Gesetz wurde am 19. September 2019 im »Turboregime-Modus« verabschiedet (<https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/117-20>). Seinerzeit entbrannte eine lebhaft diskutierte Diskussion zwischen zwei Reformern, dem geschäftsführenden Leiter des Staatlichen Zolldienstes, Maksym Nefjodow, und der damaligen geschäftsführenden Gesundheitsministerin Uljana Suprun. Nefjodows Ansicht nach war die Möglichkeit zur Entlassung nützlich für den Reformprozess, während Suprun davor warnte, dass Beamte über eine gewisse Autonomie und Garantien für Unabhängigkeit verfügen sollten (mehr dazu in diesem Artikel).

Hontscharuk entließ 48 leitende Beamte der Kategorie A und ernannte bis zu 19 Nachfolger, bevor er im März 2020 selbst entlassen wurde. Nach ihm wurden dann – mithilfe des Gesetzes von Hontscharuk – Schritt für Schritt jene Reformer vertrieben, die er ins Amt gebracht hatte: Die Beamten der Kategorie A entließen massenhaft Beamten der B-Ebene. So ernannte der Leiter des Steuerdienstes an einem einzigen Tag 23 neue stellvertretende Leiter von Gebietsabteilungen der Steuerdienstes.

Ein endloser Kreis von Ernennungen und Entlassungen

Die Ausschreibungen, die nach dem üblichen Verfahren aus den Zeiten vor der Corona-Krise stattfanden, hatten ebenfalls Möglichkeiten für gewisse Manipulationen geboten. Die Ausschreibungen konnten mehrfach erfolgen, Ergebnisse wurden für ungültig erklärt oder die Ausschreibungen annulliert.

Auch die vereinfachten Stellenausschreibungen unter Corona-Bedingungen werden mehrfach veröffentlicht: So wurde die Stelle für den Posten des Ersten stellvertretenden Leiters des Amts für den Verbraucherschutz vier Mal ausgeschrieben (im November 2019 nach dem üblichen Verfahren und drei Mal im Juni/Juli 2020 nach dem Sonderfahren. Die Ausschreibung für den Leiter des Dienstes für die See- und Flussschifffahrt erfolgte drei Mal.

Das vereinfachte Bewerbungsverfahren sieht vor, dass das Bewerbungsgespräch von dem Leiter der Behörde zu führen ist, in der die Position vakant ist, oder von der Leitung der übergeordneten Behörde. Für die unterschiedlichen Dienste und Agenturen sind die Fachminister und deren Stellvertreter verantwortlich. Sie sind auch für gewöhnlich die Initiatoren der Entlassungen, der Ausschreibungen und Ernennungen.

Der Minister für wirtschaftliche Entwicklung suchte Personen für 16 leitende Positionen der Kategorie A. Für einige Posten erfolgte die Ausschreibung mehrfach, und in der Folge wurden nur vier leitende Beamte ernannt.

Der Finanzminister schrieb in seinem Ministerium 15 Vakanzen aus, von denen er sechs selbst zu verantworten hatte, da er die Vorgänger entließ. Letztlich ernannte er 11 Beamte; vier Behörden blieben ohne Leiter.

Der Minister für Infrastruktur hat acht Ernennungen initiiert, von denen er sieben tatsächlich vollziehen konnte.

Die meisten Minister haben zwischen einer und drei Ernennungen initiiert.

Insgesamt veröffentlichte die Regierung Schmyhal 91 Ausschreibungen nach dem vereinfachten Verfahren für 79 Posten im Staatsdienst der Kategorie A. 29 dieser Vakanzen waren entstanden, weil wegen eines Ministerwechsels auch Behördenleiter entlassen wurden, und zwar aufgrund des »politischen« Paragraphen 87-1.

Die Bewerbungsfrist dauerte im Schnitt nur fünf Tage, und etwa die Hälfte der Positionen konnte neu besetzt werden. Fast ein Viertel der Behörden blieb jedoch ohne Leitung.

Nach dem Ende der Quarantäne-Maßnahmen müssen alle Positionen, die im vereinfachten Verfahren besetzt wurden, neu ausgeschrieben werden. Es ist unklar, wie viele weitere Posten noch nach dem Sonderverfahren vergeben werden, doch sollte sich das Minis-

terkabinett auf ein administratives Vakuum und eine große Menge von Ausschreibungen für Posten der Kategorie A einstellen. Wie die Regierung aus dieser Pattsituation herauskommen will, bleibt unklar.

Die »neuen Gesichter« sind oft alte Bekannte aus der Janukowytsch-Ära

Unter den Beamten, die nach dem »Quarantäne-Verfahren« ernannt wurden, sind etliche Personen mit zweifelhafter Reputation, diversen Verbindungen zum Umkreis von Wiktor Janukowytsch und mit Erfahrungen im Staatsdienst, die sie unter dessen Regierung gesammelt haben.

Am 29. April wurde Oleksij Ljubtschenko zum Leiter des Staatlichen Steuerdienstes ernannt. Von 2009 bis 2011 war er stellvertretender Leiter der Staatlichen Steuerverwaltung. Zur Stellvertreterin von Oleksij Ljubtschenko wurde Natalija Ruban ernannt. Sie war 2009–2010 zusammen mit Ljubtschenko ebenfalls stellvertretende Leiterin der Staatlichen Steuerverwaltung. Später arbeitete sie als stellvertretende Leiterin der Hauptverwaltung Controlling in der Präsidentialadministration unter Wiktor Janukowytsch. Zu einem weiteren Stellvertreter Ljubtschenkos wurde Jewhen Olejnikow ernannt, der ein Berater von Premierminister Mykola Asarow war.

Zur Stellvertretenden Leiterin des staatlichen Verwaltungs- und Liegenschaftsamtes wurde die Generalmajorin der Miliz Marija Stozkaja ernannt. Sie war 2013–2014 stellvertretende Bürgermeisterin von Odessa und davor von 2006–2007 Regionalvertreterin des damaligen Innenministers Wassyl Zuschko, der wiederum als Wiktor Janukowytschs Vertrauensperson im Gebiet Odessa galt.

Zur Staatssekretärin im Ministerium für Umweltschutz und natürliche Ressourcen wurde Jewdokija Jarowa ernannt. Sie war zuvor Assistentin der Abgeordneten Mychajlo Opanaschtschenko (*Partei der Regionen*) und des parteilosen Jakiw Besbach. Besbach genießt einen zweifelhaften Ruf, da er 2014 für die umstrittenen »Diktatur-Gesetze« gestimmt hatte und später auch gegen ein Gesetz stimmte, dass die ukrainische Souveränität über die besetzten Teile der Gebiete Donezk und Luhansk bekräftigen sollte.

Jewhen Kuskin wurde zum ersten stellvertretenden Leiter der Agentur für Straßen ernannt. 2010–2011 war er Stellvertreter von Finanzminister Fedir Jaroschenko im Kabinett Asarow; gegen ihn gab es Untersuchungen des Nationalen Antikorruptionsbüros der Ukraine (NABU).

Zum Leiter des Dienstes für Verkehrssicherheit wurde Jehor Prokoptschuk, der enge Verbindungen zum ehemaligen Abgeordneten Kostjantyn Ussow unterhält, gegen den laut ukrainischen NGOs mehrere Korruptionsermittlungen laufen.

Zum stellvertretenden Stabschef des Nationalen Sicherheitsrates wurde Ihor Zuprik ernannt. Nach Informationen der Anwältin Jewhenija Sakrewska soll Zuprik 2014 als Leiter einer Abteilung im Innenministerium unmittelbar mit der Entführung der Euromaidan-Aktivistin Ihor Luzenko und Jurij Werbizkyj im Januar 2014 zu tun gehabt haben. Werbizkyj war später tot aufgefunden worden; Ihor Zuprik bestreitet die Vorwürfe.

Diese Beispiele belegen, wie teils hochrangige Beamte aus der Janukowytsch-Ära im Zuge des vereinfachten Ernennungsverfahrens in den Staatsdienst zurückgekehrt sind. Dabei gibt es in der Ukraine ein öffentliches Verzeichnis von Personen, denen es untersagt ist, Ämter in staatlichen Behörden zu übernehmen. Diese Beschränkung kann von einem bis zu zehn Jahren bestehen. Sechs Jahre nach der Revolution der Würde sind diese Verbotsfristen für einige der oben erwähnten ehemaligen Staatsbeamten vermutlich ausgelaufen. Ein Blick in das Register zeigt jedoch, dass die Namen sämtlicher aufgezählten Beispiele nicht darin auftauchen – obwohl sie auch unter Janukowytsch Spitzenposten innehatten und dort aufgelistet sein müssten (selbst wenn die Beschränkungen gegen sie ausgelaufen sind). Das umfassende Problem, dass Beamte der Ära Janukowytsch die Lustration auf unterschiedlichen Wegen umgehen, bedarf jedoch einer gesonderten Analyse.

Fazit: Drohender Rückschritt im Reformprozess

Die Änderungen des Gesetzes *Über den Staatsdienst*, die im Rahmen eines komplexen Gesetzes *Über Änderungen bei einigen Gesetzen der Ukraine hinsichtlich der Überlastung der Staatsmacht* erfolgten, das Präsident Selenskyj im September 2019 unterzeichnete, legalisierten praktisch die »Säuberungen« in den Behörden und warfen die Reformen im Bereich der staatlichen Personalpolitik um viele Jahre zurück. Dieses Gesetz könnte das alte, bis zur Revolution der Würde bestehende System wiederbeleben, in dem Staatsdiener von oligarchischen Gruppen abhängig sind, die für die Ernennung »ihrer Leute« gezahlt haben. Zusammen mit der Einführung des »Sonder-Ernennungsverfahrens« im Rahmen der Quarantäne-Maßnahmen im April 2020 wurde vielen der alten Eliten somit eine Rückkehr in den Staatsdienst ermöglicht. Viele Reformer hingegen wurden aus dem Staatsdienst gedrängt. Als nächstes könnte es den Leiter des Nationalen Antikorruptionsbüros erwischen, gegen den bereits eine Kampagne läuft.

Die Öffentlichkeit und die westlichen Partner der Ukraine, die nicht wenige Mittel für die Reform des Staatsdienstes aufgewendet haben, sollten jetzt penibel den weiteren Prozess verfolgen. Schließlich hatten die von Petro Poroschenko im Rahmen des »Neuen Staatsdienstes« eingeführten Auswahlprozesse für Staatsbe-

dienstete – auch wenn sie Nachbesserungen und Weiterentwicklungen bedurften – sichtbare Verbesserungen gebracht und dafür gesorgt, dass tatsächlich qualifizierte Kandidaten ermittelt wurden. Es gab genügend Bewerber für die Vakanzen, weil die Gesellschaft an faire Auswahlprozesse glaubte und die Anwärter Garantien und längerfristige Stabilität für ihre Arbeit sahen. Die jüngsten Neuerungen schrecken viele gut qualifizierte Bewerber

jedoch ab, da sie ihre Karriere nicht riskieren wollen und sich daher nicht an den Ausschreibungen beteiligen. Das Fehlen ernstzunehmender Kandidaten wiederum macht es den Korruptionären einfacher, »ihre« Leute auf bestimmte Posten im Staatsdienst einzusetzen.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über die Autoren

Petro Bodnar ist Analytiker beim Portal Texty.org.ua und Fachmann für Wahlforschung, die Arbeit mit Geodaten und für maschinelles Lernen. Er hat die politikwissenschaftliche Fakultät der Nationalen Taras-Schewtschenko-Universität absolviert und Wirtschaftstheorie an der Kyjiw-Mohyla-Akademie studiert.

Denis Gubaschow ist Analytiker beim Portal Texty.org.ua und Berater zur Einführung einer Open Data-Politik beim Projekt *Transparency and Accountability in Public Administration and Services (TAPAS)*. Er hat in den Fächern Geschichte und Jura die Historisch-Philosophische Fakultät der Kyjiwer Borys-Hrintschenko-Universität absolviert und als leitender Berater in der Werchowna Rada gearbeitet.

STATISTIK

Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 27. Oktober 2020)

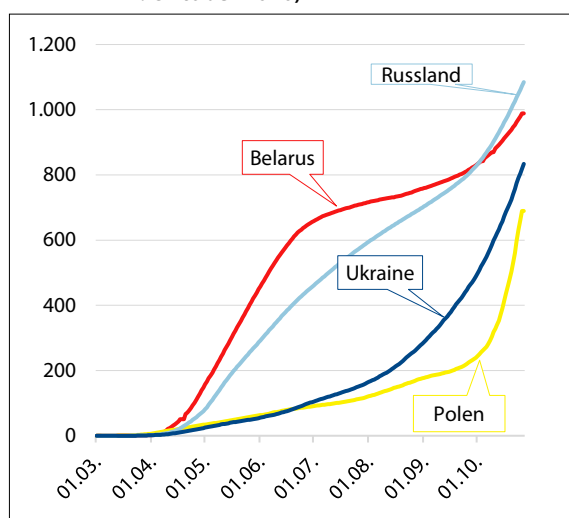


Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle, 15. – 27. Oktober 2020)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
15.10.	85.734	149.903	1.346.380	289.022
16.10.	86.392	157.608	1.361.317	295.227
17.10.	87.063	167.230	1.376.020	301.856
18.10.	87.698	175.766	1.390.824	307.301
19.10.	88.290	183.248	1.406.667	312.287
20.10.	88.909	192.539	1.422.775	317.967
21.10.	89.642	202.579	1.438.219	324.942
22.10.	90.380	214.686	1.453.923	332.262
23.10.	91.167	228.318	1.471.000	340.042
24.10.	91.978	241.946	1.487.260	347.317
25.10.	92.823	253.688	1.503.652	353.723
26.10.	93.707	263.929	1.520.800	359.348
27.10.	93.707	263.929	1.537.142	366.233

Für die Zahlen vom 01.03.–14.10.2020 siehe die Statistik »Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine« in den Ukraine-Analysen 233–240.

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 27.10.2020, 10:24 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 27. Oktober 2020)

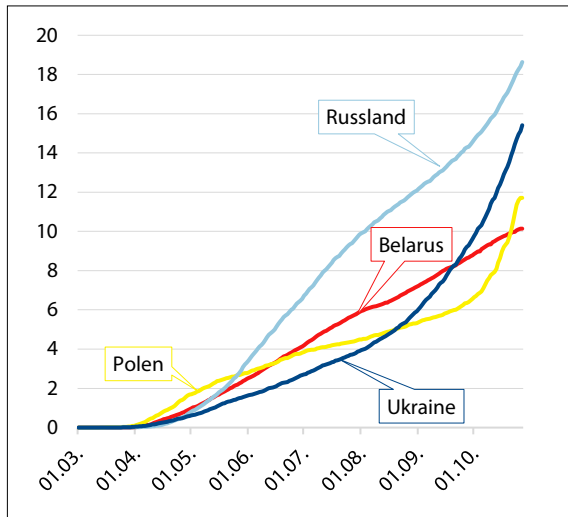


Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (15. – 27. Oktober 2020)

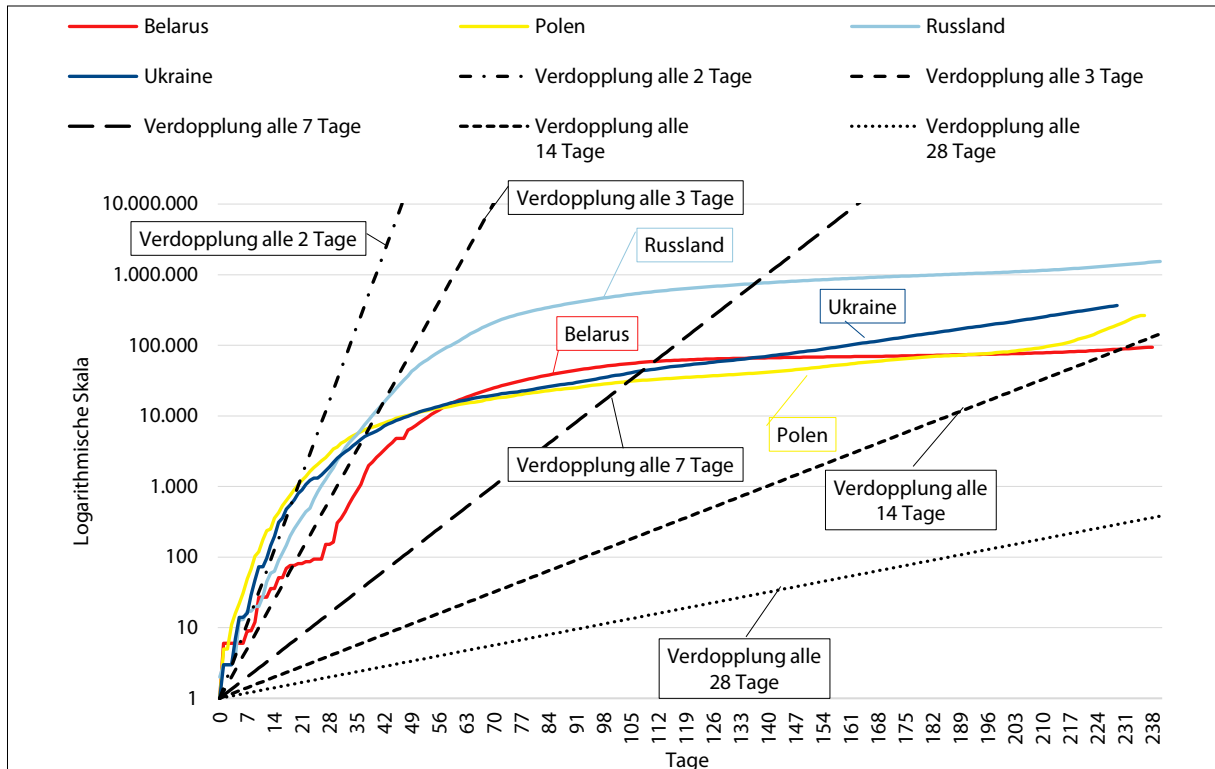
Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
15.10.	916	3.308	23.350	5.443
16.10.	921	3.440	23.580	5.551
17.10.	925	3.524	23.857	5.669
18.10.	929	3.573	24.039	5.762
19.10.	933	3.614	24.205	5.834
20.10.	937	3.721	24.473	5.948
21.10.	941	3.851	24.786	6.093
22.10.	945	4.019	25.072	6.213
23.10.	945	4.172	25.353	6.336
24.10.	953	4.351	25.647	6.463
25.10.	957	4.438	25.875	6.566
26.10.	961	4.483	26.092	6.641
27.10.	961	4.483	26.409	6.770

Für die Zahlen vom 01.03.–14.10.2020 siehe die Statistik »Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine« in den Ukraine-Analysen 233–240.

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 27.10.2020, 10:24 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Grafik 3: Covid-19-Verdopplungsraten im Vergleich: bestätigte Fälle

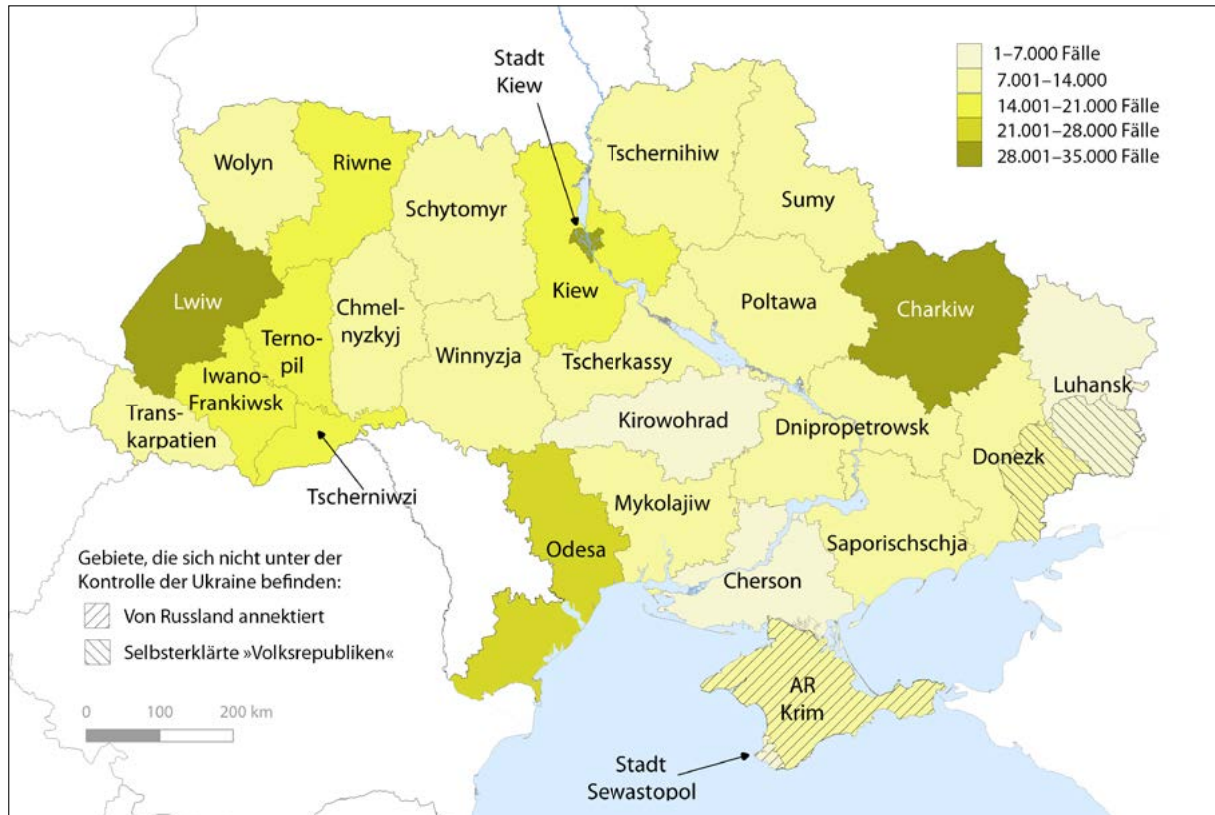


Der Tag Null ist der letzte Tag mit nur einem bestätigtem Fall, oder der erste Tag, an dem Fälle gemeldet wurden.

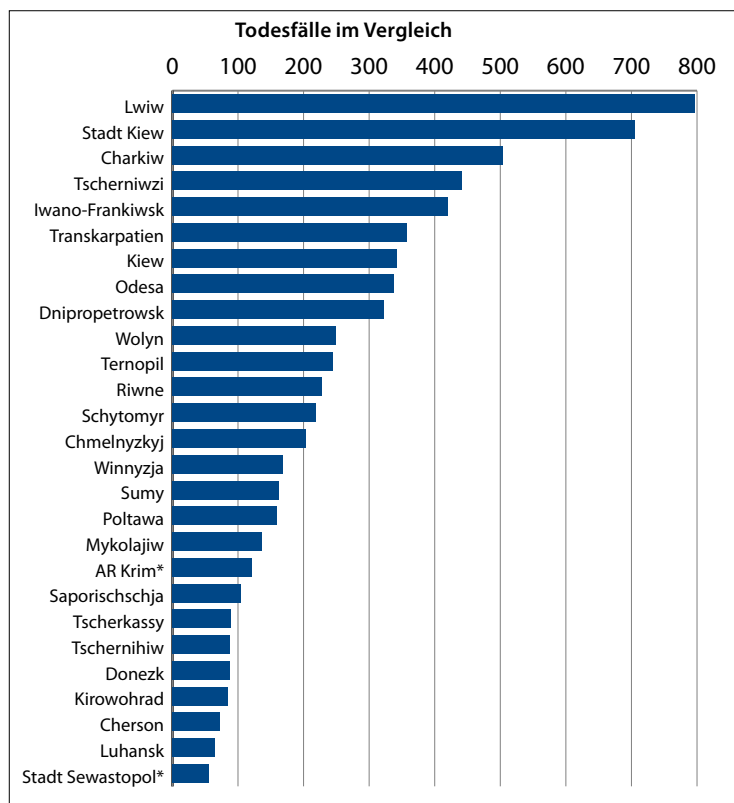
Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 27.10.2020, 10:24 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Formel für die Verdopplungsraten von <https://blog.datawrapper.de/weekly-chart-coronavirus-doublingtimes/>

Grafik 4: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen



Region	Fälle	Todesfälle
Charkiw	33.806	504
Cherson	3.344	72
Chmelnyzkyj	13.845	204
Dnipropetrowsk	13.418	323
Donezk	8.819	87
Iwano-Frankiwsk	18.915	420
Kiew	15.156	343
Stadt Kiew	34.887	706
Kirowohrad	2.157	84
Luhansk	3.321	65
Lwiw	28.086	797
Mykolajiw	7.194	137
Odesa	22.640	338
Poltawa	8.350	159
Riwne	18.003	228
Saporischschja	8.463	104
Schytomyr	12.878	219
Sumy	10.810	162
Ternopil	19.522	245
Tscherkassy	8.301	89
Tschernihiw	8.083	88
Tscherniwzi	20.117	442
Transkarpatien	13.345	357
Winnyzja	9.506	168
Wolyn	12.635	249
AR Krim*	8.249	121
Stadt Sewastopol*	1.798	55



* inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>; Stand: 26.10.2020 08:47 Uhr.

Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 12. – 25. Oktober 2020

Datum	Neue Covid-19-Fälle / Gesamtzahl / Todesfälle*	Ereignis
12.10.2020	4.420 / 265.454 / 5.015	Die Anzahl der Covid-19-Opfer überschreitet 5.000 Fälle.
		Petro Poroschenko erholt sich von seiner Covid-19-Infektion und wird aus dem Krankenhaus entlassen.
		Wegen der steigenden Covid-19-Infektionszahlen plant das Gesundheitsministerium laut Gesundheitsminister Maksym Stepanow, Veranstaltungen in der »roten« Zone vollständig abzusagen und in der »grünen« Zone nur bis zu 50 Personen zuzulassen.
13.10.2020	5.133 / 270.587 / 5.122	Wegen der hohen Auslastung von Betten (insgesamt 21.277 von 34.000 belegt) und zunehmenden Hospitalisierungen (865 allein am Vortag) von Covid-19-Infizierten bleibt die Lage in den ukrainischen Krankenhäusern angespannt, berichtet Gesundheitsminister Maksym Stepanow.
		Premierminister Denys Schmyhal und Gesundheitsminister Maksym Stepanow kündigen im Rahmen der Eindämmung der Coronavirus-Pandemie die Verlängerung und Anpassung der adaptiven Quarantäne bis zum Ende des Jahres 2020 an.
14.10.2020	5.590 / 276.177 / 5.229	Um der Ausbreitung der Covid-19-Infektion entgegenzuwirken, beschließt das Ministerkabinett die Überführung von Berufs- und Hochschuleinrichtungen ins Fernstudium vom 15. Oktober bis 15. November. Die ukrainischen Sekundarschulen gehen vom 15. bis 30. Oktober in die Ferien.
15.10.2020	5.062 / 281.239 / 5.302	Die Regierung veröffentlicht eine aktualisierte Liste der Regionen, die sich wegen der hohen Anzahl an Covid-19-Infizierten ab dem 19. Oktober zwei Wochen lang in der »roten« Quarantänezone befinden werden. Betroffen sind unter anderem Poltawa, Sumy, Iwano-Frankiwsk, Tscherniwzi, Tschernihiw, Ternopil und Chmelnyzkyj.
		Die Fluggesellschaft Wizz Air streicht wegen der steigenden Anzahl der Covid-19-Fälle 24 Flugrouten von der Ukraine in die EU.
		Laut dem »Gesundheitsminister« der nicht anerkannten »Donezker Volksrepublik« (DNR), Oleksandr Opryschtschenko, könne die DNR nur 480 Tests pro Tag durchführen. Angesichts der zuletzt durchschnittlich 100 diagnostizierten Covid-19-Infektionen täglich in der DNR bedeutet dies eine Positivrate von 20 Prozent. Eine Positivrate von unter fünf Prozent gilt als notwendig, um die Verbreitung des Virus einzudämmen.
16.10.2020	5.992 / 287.231 / 5.408	Die Kyiv School of Economics teilt mit, dass ihrer Analyse zufolge in Kürze täglich mehr als 10.000 neue Covid-19-Fälle registriert werden könnten.
		Um die Covid-19-Pandemie zu bekämpfen, schließen die nicht anerkannten »Volksrepubliken« in Donezk und Luhansk (DNR und LNR) Schulen und stellen die Universitäten auf Online-Lehre um. Ebenso werden Arbeitgeber gebeten, dem Personal die Arbeit von zu Hause aus zu ermöglichen. Ältere Menschen werden aufgefordert, möglichst zu Hause zu bleiben. Das Staatsoberhaupt der DNR, Denis Puschilin, kündigt Bußgelder in Höhe von bis zu RUB 10.000 (110 Euro) für Verstöße gegen die Maskenpflicht an.
17.10.2020	6.410 / 293.641 / 5.517	Erstmals werden mehr als 6.000 neue Covid-19-Fälle an einem Tag diagnostiziert.
18.10.2020	5.231 / 298.872 / 5.607	In der besetzten »Volksrepublik Donezk« wurden in der vergangenen Woche 722 neue Coronavirus-Infektionen und 60 Todesfälle gemeldet.
		Ein lokaler Sender in den besetzten Gebieten der Ostukraine berichtet über die kritische Lage sowie über den ernsthaften Personal- und Medikamentenmangel. Lieferungen von Covid-19-Tests und Medikamenten können nur aus Russland in die nicht anerkannten Volksrepubliken gelangen.

Datum	Neue Covid-19-Fälle / Gesamtzahl / Todesfälle*	Ereignis
19.10.2020	4.766 / 303.638 / 5.673	Die Gesamtzahl der Covid-19-Infizierten in der Ukraine seit dem Beginn der Pandemie überschreitet 300.000 Fälle. In einem Radiointerview gibt die »Gesundheitsministerin« der nicht anerkannten »Luhansker Volksrepublik« (LNR), Natalija Paschtschenko, zu, dass die Krankenhäuser in der LNR überfüllt seien. Sie kündigt die Aussetzung von Routineuntersuchungen bei Ärzten an, um deren außergewöhnliche Arbeitsbelastung wegen der Covid-19-Pandemie zu verringern. Präsident Wolodymyr Selenskyj kündigt die Einführung einer strikten Quarantäne an, sollten täglich mehr als 9.500 Covid-19-Neuinfizierte ermittelt werden.
20.10.2020	5.469 / 309.107 / 5.786	Die Werchowna Rada fasst einen Beschluss zu Präventionsmaßnahmen gegen die Ausbreitung der Covid-19-Pandemie. Unter anderem wird dem Präsidenten empfohlen, einen Nationalen Stab zur Abwehr von Biologischen Gefahren einzurichten. Der Regierung wird empfohlen, Mittel für den medizinischen Bedarf bereitzustellen.
21.10.2020	6.719 / 315.826 / 5.927	Um die wirtschaftliche Erholung infolge der Covid-19-Pandemie anzukurbeln, ist Präsident Wolodymyr Selenskyj bereit, eine Steueramnestie und zur Gegenfinanzierung neue Steuern auf Unternehmensgewinnausschüttungen einzuführen.
22.10.2020	7.053 / 322.879 / 6.043	Die Anzahl der an Covid-19 neu Erkrankten überschreitet 7.000 Fälle an einem Tag. Gleichzeitig übersteigt die Gesamtzahl der Opfer des Coronavirus 6.000 Personen. Präsident Wolodymyr Selenskyj kündigt die Herstellung eines ukrainischen Impfstoffs gegen Covid-19 an.
23.10.2020	7.517 / 330.396 / 6.164	Das Gesundheitsministerium aktualisiert die Liste der Staaten in den Quarantänezonen »Rot« und »Grün«. Den ukrainischen Bürger*innen wird empfohlen, 51 Länder wegen deren hohen Zahlen von Covid-19-Infektionen nicht zu besuchen.
24.10.2020	7.014 / 337.410 / 6.289	Der Bürgermeister von Kyjiw, Witalij Klytschko, wird einen Tag vor den Kommunalwahlen, bei denen er als Favorit für das Bürgermeisteramt seiner Stadt antritt, positiv auf Covid-19 getestet.
25.10.2020	6.088 / 343.498 / 6.391	Nach Angaben des Gesundheitsministeriums sind weder die Stadt Kiew, noch die anderen ukrainischen Regionen bereit, Quarantänemaßnahmen aufgrund des hohen Ausmaßes der Covid-19-Pandemie zu lockern.

* Quelle: Ukrainska Pravda

Zusammenstellung: Ina Lankovich

CHRONIK

11. – 25. Oktober 2020

12.10.2020	Laut dem Staatlichen Statistikamt ist die Verbraucherinflation im September leicht auf 2,3 Prozent zurückgegangen, nachdem sie im August 2,5 Prozent betragen hatte. Im vergangenen Jahr lag die Inflation bei 4,1 Prozent, der niedrigsten Rate seit sechs Jahren.
12.10.2020	In einem Interview der Sendung BBC HARDtalk teilt Präsident Wolodymyr Selenskyj mit, dass er nicht an der Macht bleiben wolle, sollte es ihm nicht gelingen, den Krieg im Donbas zu beenden: »Ich habe gleich gesagt, dass ich nicht an Umfragen oder der Macht hänge. Wenn ich den Krieg nicht beenden kann, sollte jemand anderes kommen, der in der Lage ist, diese tragische Geschichte zwischen unseren Ländern zu beenden«, so Selenskyj.

13.10.2020	In Odessa eröffnen Präsident Wolodymyr Selenskyj und sein polnischer Amtskollege Andrzej Duda das ukrainisch-polnische Wirtschaftsforum. Laut Duda investieren rund 1.200 polnische Unternehmen in der Ukraine; der bilaterale Handel lag zuletzt bei 7,5 Milliarden Euro pro Jahr. Auf dem Wirtschaftsforum wurde unter anderem die Idee eines polnisch-ukrainischen Transportkorridors vorgestellt, der vom polnischen Danzig an der Ostsee bis zum ukrainischen Odessa am Schwarzen Meer verlaufen soll und es ermöglichen würde, Waren statt wie bisher in ca. 18 Tagen auf dem Seeweg in 18 Stunden auf dem Landweg zu transportieren.
13.10.2020	Premierminister Denys Schmyhal gibt bekannt, dass die Regierung den Betroffenen der Brände in der Luhansker Oblast 185 Mio. Hrywnja (ca. 5,5 Mio. Euro) zur Verfügung stellen werde. Die Feuer hatten elf Menschenleben gekostet, hunderte Gebäude und rund 20 Hektar Land zerstört.
13.10.2020	Präsident Wolodymyr Selenskyj wirbt in einer Ansprache für die Teilnahme an den Kommunalwahlen am 25. Oktober und kündigt an, dass es zusätzlich zur Stimmabgabe eine Wählerbefragung mit fünf Fragen geben werde, »die so bisher nicht gestellt wurden«, und die in den nächsten Tagen vorgestellt werden sollen.
14.10.2020	Die erste Frage, die der Bevölkerung bei den Kommunalwahlen am 25. Oktober gestellt werden soll, wird per Videobotschaft von Präsident Wolodymyr Selenskyj verkündet und lautet: »Sollte es für Korruption in besonders großem Umfang lebenslange Strafen geben?«
15.10.2020	Präsident Wolodymyr Selenskyj reist für drei Tage in die Türkei, wo unter anderem ein Freihandelsabkommen und Rüstungsgeschäfte auf der Agenda stehen.
15.10.2020	Die weiteren Fragen, die der Bevölkerung bei den Kommunalwahlen gestellt werden sollen, werden vom Büro des Präsidenten bekanntgegeben und lauten: »Unterstützen Sie die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone im Donbas?«; »Unterstützen sie die Verkleinerung des Parlaments auf 300 Abgeordnete?«; »Unterstützen Sie die Legalisierung von Cannabis für medizinische Zwecke, um die Leiden von Schwerkranken zu lindern?«; »Unterstützen Sie das Recht der Ukraine, die im Budapester Memorandum definierten Sicherheitsgarantien zu nutzen, um ihre staatliche Souveränität und territoriale Integrität wiederherzustellen?«
15.10.2020	Per Dekret überträgt Präsident Wolodymyr Selenskyj mehr als 2 Mio. Hektar Land aus dem Staatsbesitz in die Obhut der Kommunen. Das entspricht ca. sechs Prozent der 33 Mio. Hektar landwirtschaftlicher Fläche in der Ukraine. Das Dekret tritt einen Tag nach den Kommunalwahlen am 26. Oktober 2020 in Kraft.
16.10.2020	Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan und Wolodymyr Selenskyj vereinbaren bei einem Treffen in Istanbul die bilateralen Beziehungen im Bereich der Sicherheitspolitik zu stärken und verkünden ein neues regelmäßiges Gesprächsformat, bei dem sich einmal jährlich die Außen- und Verteidigungsminister treffen sollen. Auch garantiert die Türkei die ukrainischen Bestrebungen zur Re-Integration der Krim zu unterstützen.
17.10.2020	Der stellvertretende Premierminister Oleksij Resnikow erklärt, dass die Ukraine bis zum 10. November zwei neue Übergänge an der Kontaktlinie – in Solote und Schtschastja in der Region Luhansk – eröffnen werde.
19.10.2020	Einer neuen repräsentativen Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie zufolge finden 69,5 Prozent der Befragten, dass sich die Ukraine in die falsche Richtung entwickle, während 21 Prozent meinen, die Ukraine entwickle sich in die richtige Richtung. Als die drei größten Probleme des Landes werden der Krieg im Donbas (63 Prozent der Befragten) genannt, die Korruption (53 Prozent) und Arbeitslosigkeit (43 Prozent).
20.10.2020	Präsident Wolodymyr Selenskyj hält im Parlament die jährliche Rede des Präsidenten ab und thematisiert vor allem die Herausforderung durch die Coronakrise, die Lage der Wirtschaft und den Krieg im Donbas.
20.10.2020	Die Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass gegen den ehemaligen Leiter der staatlichen Steuerbehörde, Serhij Werlanow, ein Strafverfahren wegen Macht- und Amtsmissbrauchs eröffnet wurde. Werlanow wurde im April 2020 entlassen. Werlanow bestreitet die Vorwürfe als »haltlos« und sieht das Verfahren, wie einige politische Beobachter auch, als politisch motiviert.
20.10.2020	Generalleutnant Serhij Najew teilt mit, dass 35.000 Hektar Land im Donbas von Minen geräumt und dabei 450.000 Minen und Sprengkörper beseitigt wurden. Der Donbas zählt seit Beginn der militärischen Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und den von Russland unterstützten »Separatisten« weltweit zu einer der am stärksten verminnten Regionen der Welt.
21.10.2020	120 Abgeordnete der Fraktion der Regierungspartei »Diener des Volkes« reisen in die Frontgebiete der Regionen Donezk und Luhansk, um vor Ort politische Unterstützung für den Vorschlag von Präsident Selenskyj zur Errichtung einer Sonderwirtschaftszone im ukrainisch kontrollierten Donbas zu gewinnen. Zuvor erklärte Selenskyj auf einer Rede im Parlament: »Wir brauchen eine Strategie zur wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen Donezk und Luhansk, mit Steuer- und Zollerleichterungen, Absicherung der Risiken für Investoren, und Schiedsverfahren nach internationalen Standards.«
21.10.2020	Laut Angaben des ukrainischen Militärs sollen Kämpfer der pro-russischen »Volksrepubliken« in den letzten 24 Stunden fünf Mal das Waffenstillstandsabkommen gebrochen haben; einmal habe die ukrainische Armee das Feuer erwidert. Seit dem 27. Juli gilt ein neues Waffenstillstandsabkommen, das zu einer deutlichen Reduzierung der Gefechte und der Zahl der Opfer geführt hat.

24.10.2020	Laut Medienberichten aus Donezk ist Alexej Markow, Kommandant des berüchtigten Bataillons »Prisrak« (Geist) verstorben. Der russische Staatsbürger war 2014 aus Moskau in den Donbas gekommen und hatte seither auf Seiten der pro-russischen Rebellen gekämpft.
24.10.2020	Die Kirche von Zypern erkennt als vierte autokephale orthodoxe Kirche die Autokephalie der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche an. Zuvor hatten bereits das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel, das Griechisch-Orthodoxe Patriarchat von Alexandria und die Kirche von Griechenland die Autokephalie anerkannt.
25.10.2020	In der Ukraine finden, bis auf die besetzten Gebiete im Donbas, die Kommunalwahlen statt. Die Endergebnisse sollen laut der Zentralen Wahlkommission in 3–5 Tagen bekanntgegeben werden. Die Wahlbeteiligung liegt mit 36,88 Prozent rund 10 Prozent unter der Beteiligung der letzten Wahl 2015, als knapp mehr als 46 Prozent der Wähler ihre Stimme abgegeben haben. Neben dem Coronavirus gilt die Verunsicherung über das neue Wahlsystem mit offenen Listen als eine der Ursachen für die niedrige Wahlbeteiligung. Was die Ergebnisse anbelangt, zeichnet sich eine deutliche Niederlage für die Partei von Präsident Wolodymyr Selenskyj ab, dessen Kandidaten laut den Exit Polls in keiner der zehn größten Städte des Landes gewinnen konnten. In Kyjiw, Odessa, Charkiw, Dnipro, Lwiw, Mykolajiw, Tscherkassy, Winnyzja, Kriwiji Rih und Mariupol gewannen stattdessen die Amtsinhaber; in vielen Fällen jedoch mit weniger als 50 Prozent der Stimmen, weshalb es am 15. November vielfach in einer zweiten Runde zur Stichwahl kommt. Ukrainische und internationale Wahlbeobachter bezeichnen die Wahlen insgesamt als frei und fair, registrierten vereinzelt jedoch auch Verfahrensverstöße, Vorwürfe des Stimmenkaufs und des Missbrauchs administrativer Ressourcen.
25.10.2020	Bei der von Präsident Wolodymyr Selenskyj kurzfristig anberaumten Wählerbefragung stimmten laut der Soziologischen Rating-Gruppe 95 Prozent für die Verkleinerung des Parlaments auf 300 Abgeordnete, 81 Prozent für lebenslange Haftstrafen für Korruption in großem Umfang, 70 Prozent für die Legalisierung von Cannabis für medizinische Zwecke und nur 45 Prozent für ein Sonderwirtschaftszone im Donbas. Kritiker werfen der rechtlich nicht bindenden Befragung eine schlechte bis chaotische Organisation vor und sprechen ihr die Repräsentativität ab.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Dr. Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

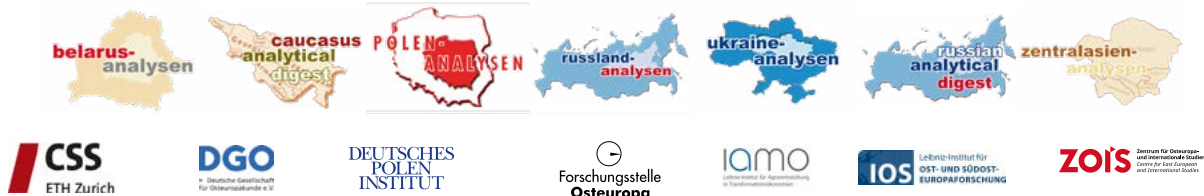
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>